

## Fragen an Podiumsteilnehmende vom 22.03.2019 (GV PVPBL)



Andreas Dürr, Präs. JSK (FDP)

1. Fühlen Sie sich im Baselbiet sicher?

Antwort: *JA*

2. Wie nehmen Sie die Polizei BL im allgemeinen wahr? Wo sehen Sie allenfalls Handlungsbedarf?

Antwort: *Sehr positiv. Freundlichkeit bei „unzuständigen“ Anfragen.*

3. Seit Jahren ist leider festzustellen, dass der Respekt gegenüber dem Staat, dessen Behörden und Beamten immer mehr gesunken ist. Die Angriffe werden nicht nur immer häufiger, sondern auch brutaler. Der Ruf nach konsequentem Durchgreifen mit klaren, wirkungsvollen und der Tat angemessenen Strafen ist sehr stark. Unterstützen Sie solche Bestrebungen? Soll dafür z.B. der Strafrahmen in Art. 285 StGB (Gewalt und Drohung gegen Behörde und Beamte) verschärft werden durch Festsetzung einer Mindeststrafe? Sehen Sie andere Mittel, dieser Tendenz entgegen zu wirken?

Antwort: *JA. Der Respekt gegenüber dem Staat und seinen Repräsentanten sinkt leider auch andernorts. Hier sollte wenn immer möglich Gegensteuer gegeben werden. Es handelt sich hier aber letztlich um ein gesellschaftliches Problem.*

4. Seit 2015 sind die Gemeinden im Kanton Basel-Landschaft für die Wahrung von Ruhe und Ordnung zuständig. Sie können dazu – neben der eigenen Gemeindepolizei und der Kantonspolizei - auch private Sicherheitsdienste mit dieser Aufgabe betrauen: Wo sind Ihrer Meinung nach sinnvolle Einsatzfelder für private Sicherheitsdienste, wo sind Gefahren und Grenzen zu setzen?

Antwort: *Das Gewaltmonopol muss in jedem Fall bei der Polizei bleiben.*

5. Viele Polizeikorps laufen bezüglich Personalanzahl ziemlich am Limit. So auch im Kanton Basel-Landschaft. Sind Sie bereit, der Polizei mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen? Wenn nein, was muss geschehen, damit die Polizei BL für die derzeitige Aufgabenerfüllung mehr finanzielle Mittel erhält?

Antwort: *Die Polizei muss sich primär mit den vorhandenen Mitteln optimal organisieren (Golbalbudget).*

6. Sind Sie bereit, zusätzliche finanzielle Mittel für die beabsichtigte professionelle Bekämpfung der Computerkriminalität (cybercrime) - als neue, zusätzliche Aufgabe der Polizei BL - zu sprechen?

Antwort: *Im Rahmen des „Projektes Cybercrime“ der Polizei mit der STAWA wird dies genau zu prüfen sein.*

7. Viele Polizeimitarbeitende beklagen sich über die zunehmende administrative Tätigkeit und über die zunehmende Erledigung externer delegierter Aufgaben (Aufträge der Staatsanwaltschaft). Sind Sie der Meinung, dass im kantonalen Regelungsbereich dieses «Administrations- und Delegationsmass» reduziert werden soll, damit die Polizei BL ihren Kernauftrag (Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung) trotz diesen «Nebenaufgaben» genügend erfüllen kann?

*Antwort: Der administrative Wasserkopf ist wenn immer möglich zu reduzieren. Die Polizei gehört auf die Strasse und zu den Bürgern. Das ist ja auch das Ziel der letzten Reaktion und des Mobile Computings.*

8. Bitte nehmen Sie kurz zu den folgenden Stichworten Stellung:

- Bodycams für Polizistinnen und Polizisten

*Antwort: Ja, wenn von der Polizei gewollt.*

- Drohneneinsatz bei der Polizei BL

*Antwort: Ja*

- Einbrüche im Baselbiet

*Antwort: Dank guter Polizeiarbeit zum Glück sinkend.*

- Strassenpräsenz der Polizei BL

*Antwort: Seit der Reorganisation und dank Mobile Computing deutlich besser – mit Resultaten.*

- Polizeipostenschliessung

*Antwort: Reorganisation war richtig.*

- Radarkontrollen

*Antwort: Darf keine Schikane sein, was leider zu oft der Fall ist.*

9. Sollen Bussen als erwartete Einnahmen budgetiert werden? Sollen Bussen als Kriterium (messbare Grösse) bei der Beurteilung in einem MitarbeiterInnen-Gespräch und somit auch neu als Grundlage für einen Leistungslohn gelten dürfen? Wenn nein, wie soll sonst die Leistung eines Polizisten/einer Polizistin gemessen werden?

*Antwort: Budgetierung wohl nötig. Sicher kein MAG-Faktor. Die Beurteilung eines Polizisten soll nach den gleichen Kriterien wie bei anderen Berufsleuten erfolgen.*

10. Sind Sie bereit, für das Baselbieter Staatspersonal zusätzliche finanzielle Mittel (Abfederungsmassnahmen) für die Pensionskasse zu sprechen, um Rentenverluste zu mindern (vgl. Ablehnung mit 44 zu 43 im Landrat am 31.5.18)? Falls nein, dann auch nicht, wenn sich die finanzielle Lage des Kantons BL stabilisiert hat?

*Antwort: Nein.*